

Inhalt:

- Ostermarschierer mahnen zu einer friedlichen Welt - Rund 70 Aktionen in ganz Deutschland geplant
- Friedensaktivisten blockieren Fliegerhorst
- Evangelischer Kirchentag in »brutalen Zeiten« Protestantisches Großereignis will »Friedenskirchentag« werden
- Weltkirchenrat fordert neue Nahost-Friedensverhandlungen
- Kritik an Richterspruch zum muslimischen Kopftuch wächst
- »Für uns gestorben« - Evangelische Kirche legt Grundlagentext zur Kreuzestheologie vor

Ostermarschierer mahnen zu einer friedlichen Welt

Rund 70 Aktionen in ganz Deutschland geplant

Düsseldorf (epd). 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollen Friedensaktivisten bei den diesjährigen Ostermärschen bundesweit zu einer friedlichen Welt mahnen. Zwischen Gründonnerstag und Ostermontag sind in West- und Ostdeutschland insgesamt etwa 70 Ostermarschaktionen geplant. Die Demonstranten wollen unter anderem für ein Ende der Kämpfe in der Ukraine, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für den Abzug aller Atomwaffen aus Europa demonstrieren. Bundesweit erwarten die Veranstalter wieder Tausende Teilnehmer. Im vergangenen Jahr sind nach Angaben des Netzwerks Friedenskooperative in Bonn schätzungsweise 30.000 Menschen in ganz Deutschland auf die Straße gegangen.

Angst vor weiterer Eskalation in Ukraine Die Ostermarschierer warnten im Vorfeld ihrer Aktionen davor, dass etwa der Ukraine-Konflikt weiter eskalieren könne. »Er stört und zerstört das Verhältnis Europas zu Russland«, erklärte das Netzwerk Friedenskooperative. Das Ziel militärischer Sicherheit vor Russland trete immer stärker an die Stelle des Ausbaus einer dauerhaften europäischen Friedensordnung unter Einchluss Russlands. Die Demonstranten wollen auch an die Konflikte in Afghanistan, Syrien, dem Irak und in afrikanischen Staaten erinnern. Dabei habe sich erwiesen, dass militärische Interventionen keinen Frieden schafften, betonte das Netzwerk Friedenskooperative. Vielmehr verlängerten sie Kriege und ließen neue Krisenherde entstehen. Die Friedensaktivisten fordern deshalb auch in diesem Jahr die Einstellung sämtlicher Rüstungsexporte. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrrad-Touren, Wanderungen und Festen werben die Ostermarschierer in diesem Jahr für ihre Anliegen. Teilnehmer und Redner bei den unterschiedlichen Aktionen kommen von den beiden großen christlichen Kirchen, den Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner sowie aus Parteien und Verbänden. Im westfälischen Gronau ziehen am Karfreitag die Ostermarschierer zur Urananreicherungsanlage. Am Ostersonntag startet in Duisburg und Düsseldorf der Ostermarsch Rhein/Ruhr unter dem Motto »Kriege stoppen - Atomwaffen ächten - zivile Lösungen schaffen«. Die Bonner Ostermarschaktion bekennt: »Nein zum Krieg - Flüchtlinge willkommen!« In vielen Städten wenden sich die Ostermarschierer auch gegen Rassismus und Antisemitismus. So heißt es etwa am Gründonnerstag in Erfurt »Für Demokratie - keine rassistisch-antisemitischen Gruppen in Thüringen«. In Chemnitz ziehen die Ostermarschierer unter dem Motto »Gegen Krieg und Fremdenfeindlichkeit - Für internationale Solidarität« durch die Straßen. Daneben sind unter anderem Aktionen in Leipzig, München, Stuttgart, Offenbach, Kassel und Marburg geplant. Der Ostermarsch in Büchel in der Eifel erinnert an Ostermontag an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren und den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima. Veranstalter ist die Regionalgruppe Cochem-Zell des Internationalen Versöhnungsbundes. Der Ostermarsch vor dem Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr steht unter dem Motto »Atombombe - made in Germany«. Die Veranstalter rechnen mit über 100 Teilnehmern. In Hochzeiten zwischen 1968 bis 1983 demonstrierten bei Ostermärschen in Westdeutschland mehrere hunderttausend Menschen gegen den Vietnam-Krieg oder die Nato-

Nachrüstung. Davon können die Organisatoren heute nur träumen. Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative räumte ein, dass die Beteiligung momentan »nicht so gut« sei. Als Grund vermutet er, dass die zahlreichen internationalen Konflikte immer komplexer werden. »Darauf kann man keine einfachen Antworten geben - und komplizierte Antworten sind eben nicht so sexy«, sagte Golla dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Aber die Forderungen der Friedensbewegung werden ja nicht wahrer oder falscher dadurch, dass mehr oder weniger Menschen mitlaufen.« Entstanden ist die Ostermarsch-Bewegung in Großbritannien, wo sich am Karfreitag 1958 in London unter der Regie des britischen Philosophen Bertrand Russell erstmals 10.000 Menschen versammelten, um für die atomare Abrüstung zu demonstrieren. In Deutschland fand der erste Ostermarsch 1960 in Hamburg statt. *Andreas Rehnolt und Jasmin Maxwell (epd)* epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _20

Friedensaktivisten blockieren Fliegerhorst

Büchel (epd). Friedensaktivisten haben an diesem Montag seit vier morgens erneut den Zugang zum Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz blockiert. Sämtliche Zufahrtsstraßen zu dem Militärstützpunkt, auf dem Atomwaffen lagern, seien blockiert worden, sagte eine Sprecherin der Aktion am 30. März dem epd. Ein normaler Betriebsablauf sei für die Morgenschicht auf dem Militärstützpunkt dadurch verhindert worden. Soldaten, Angestellte und Versorgungsfahrzeuge hätten den Stützpunkt nicht anfahren können. Die Aktion ist den Angaben nach Teil des Projekts »büchel65«, bei dem an möglichst vielen Tagen vor der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York im Mai der Fliegerhorst blockiert werden soll. Die Auftaktveranstaltung fand am 26. März statt. In Büchel im Landkreis Cochem-Zell vermutet die Friedensbewegung die letzten US-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden. Die Bundesregierung hat die Lagerung nie offiziell bestätigt. Die deutsche Luftwaffe bildet hier im Rahmen einer Nato-Vereinbarung Jagdbomberpiloten aus.

epd-Wochenpiegel |

AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _21

Evangelischer Kirchentag in »brutalen Zeiten« Protestantisches Großereignis will »Friedenskirchentag« werden

Stuttgart (epd). Beim 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag Anfang Juni in Stuttgart soll das Thema »Frieden und Flüchtlinge« im Mittelpunkt stehen. Es solle ein »Friedenskirchentag« werden, sagte Kirchentagspräsident Andreas Barner am 24. März bei der Vorstellung des Programmhefts. Zu den Rednern bei der Großveranstaltung gehören Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie zahlreiche Politiker, Bischöfe und Künstler. Mit Blick auf die zahlreichen Konflikte weltweit sagte Barner: »Wir steuern zu auf einen Kirchentag in Zeiten, die so brutal, so kriegerisch sind, wie schon lange nicht mehr.« Zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Die Welt ist aus den Fugen« kommen der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und der anglikanische Bischof Nick Baines. Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Kirchentags, nannte das Friedensthema eine »ambivalente Herausforderung«. Selten sei klar, welches der richtige Weg oder die richtige Überzeugung auf dem Weg des Friedens sei. Auch das Geistliche Zentrum des Kirchentags werde sich auf die Friedensethik konzentrieren. Ein weiterer Schwerpunkt lautet »Demokratie und Daten«. Der Diskussion zu Fragen des Datenschutzes wird sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) stellen. Laut Ueberschär ist auch eine Zusatzveranstaltung mit dem Minister zum Thema Kirchenasyl geplant, nachdem de Maizière im Februar scharfe Kritik an der Aufnahme abgelehnter Asylbewerber durch kirchliche Gruppen geübt hatte. Dritter Schwerpunkt ist das Thema »Wirtschaft und Werte«. Dort sprechen unter anderen der Friedensnobelpreisträger und indische Kinderrechtsaktivist, Kailash Satyarthi, und Melinda Gates von der »Bill & Melinda Gates Stiftung«. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, diskutiert mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) über das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP. Als Unterhaltungskünstler stehen der Sänger Andreas Bourani, die Wise Guys und der Kabarettist Eckart von Hirschhausen im Programm. Erstmals sind bei einem Kirchentag gemeinsame Veranstaltungen mit Vertretern der theologisch konservativen evangelikalen Bewegung geplant. Darin soll es den Angaben zufolge um unterschiedliche Zugänge zur Bibel, die Bewertung von Homosexualität sowie

den Umgang mit Juden gehen. Der Kirchentag hatte Vertretern sogenannter messianischer Juden, die Jesus Christus als ihren Messias ansehen, sowie einer homosexuellen »Bruderschaft des Weges«, die zölibatär lebt, eine Teilnahme am »Markt der Möglichkeiten« verweigert. Die Ulmer Regionalbischöfin Gabriele Wulz wies auf die regionalen Kulturveranstaltungen und auf »interkulturelle Stadtpaziergänge« während des Kirchentages hin. Am Eröffnungsabend sei unter dem Titel »Klang des Südens« ein Konzert mit über 4.000 Sängern geplant. Das Kirchentagsprogramm umfasst mehr als 2.500 Veranstaltungen auf 620 Seiten. Geplant ist eine App für Mobiltelefone, mit der man sich über das Programm informieren und an die Veranstaltungsorte lotsen lassen kann. Diese App soll ab Mitte April zum Herunterladen zur Verfügung stehen. Der 35. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 3. bis 7. Juni in Stuttgart statt. Zu dem alle zwei Jahre an wechselnden Orten veranstalteten Protestantentreffen werden über 100.000 Dauerteilnehmer erwartet. Zuletzt kamen zum Kirchentag 2013 rund 120.000 Dauerteilnehmer nach Hamburg.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _3

Weltkirchenrat fordert neue Nahost-Friedensverhandlungen

Genf (epd). Der Weltkirchenrat fordert Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu auf, nach seinem Wahlsieg eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern anzustreben. Weder Israel noch Palästinenser könnten den jahrzehntelangen Konflikt immer weiter fortführen, sagte der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Olav Fykse Tveit, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Genf. Netanjahus konservative Likud-Partei hatte die israelischen Parlamentswahlen in der vergangenen Woche gewonnen. Mit einem Neustart der Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern, die derzeit auf Eis liegen, würde Netanjahu »die Zukunft und Integrität seiner eigenen Nation« sichern, erklärte Tveit. Der norwegische Lutheraner betonte, die christlichen Kirchen und das jüdische Volk seien durch ein Band der Liebe verbunden. Deshalb dränge der Ökumenische Rat der Kirchen auf ein Ende des Konflikts Israels mit den Palästinensern und einen stabilen Frieden. Im Wahlkampf hatte Ministerpräsident Netanjahu erklärt, mit ihm werde es keine Zweistaatenlösung geben. Nach den Wahlen relativierte er die Aussagen. Im Sommer 2014 kam es zur vorläufig letzten militärischen Auseinandersetzung. Israel und die Hamas-Regierung des Gaza-Streifens lieferten sich heftige Kämpfe. Der Weltkirchenrat fordert seit langem ein Ende der »israelischen Militär-Besetzung« der palästinensischen Gebiete. Kritiker werfen dem ökumenischen Dachverband vor, im Nahost-Konflikt einseitig Partei für die Palästinenser zu ergreifen. *epd-Gespräch: Jan Dirk Herbermann*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _5

Kritik an Richterspruch zum muslimischen Kopftuch wächst

Frankfurt a.M./Düsseldorf (epd). Die Kritik an der Kopftuch-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wächst. Der ehemalige Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier befürchtet, dass der Richterspruch, der allgemeine Kopftuch-Verbote für unzulässig erklärte, zu »höchst unerfreulichen« Streitigkeiten an Schulen führt, die auch vor Gericht enden könnten. Der scheidende Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), sieht in dem Beschluss eine »völlig falsche Botschaft« zulasten der liberalen Muslime in Deutschland. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sagte, es sei noch sehr unklar, wie praxistauglich die Entscheidung ist. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem am 13. März veröffentlichten Beschluss entschieden, dass ein Kopftuch-Verbot für muslimische Lehrerinnen an Schulen nicht pauschal gelten darf. Künftig soll es für ein mögliches Verbot auf konkrete Konflikte, eine konkrete Gefahr für die staatliche Neutralität oder den Schulfrieden ankommen. Die Richter revidierten damit ein Urteil aus dem Jahr 2003, nach dem ein Kopftuch-Verbot prinzipiell als zulässig galt, wenn es in den Bundesländern entsprechende Gesetze gibt. Konkret ging es um zwei Fälle in Nordrhein-Westfalen. Papier, Gerichtspräsident von 2002 bis 2010, sagte der »Welt am Sonntag«, die Richter hätten nicht hinreichend berücksichtigt, dass die Lehrkraft sich auf die Religionsfreiheit bei der Aus-

übung einer öffentlichen Amtstätigkeit beruft. Sie nehme den Erziehungsauftrag des Staates wahr, der verfassungsrechtlich zur Neutralität, aber auch zur Gleichstellung von Männern und Frauen verpflichtet sei. Bei einem staatlichen Amtsträger seien die Grenzen der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit in jedem Fall enger zu ziehen als bei einer Privatperson. Unionsfraktionsvize Franz Josef Jung (CDU) kritisierte, die Karlsruher Richter hätten den Schulleitungen die Verantwortung zugeschoben. »Ich fürchte, die Entscheidung wird in manchen Fällen gerade nicht zu einem Schulfrieden führen, wie wir ihn brauchen«, sagte der religionspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag der »Welt am Sonntag«. Das Kopftuch werde nicht nur aus religiöser Überzeugung getragen, »sondern ist bei manchen Musliminnen auch eine politische Demonstration«. Der Berlin-Neuköllner Bezirksbürgermeister Buschkowsky befürchtet, in dem Richterspruch könnten Muslime die Botschaft sehen, die Frau habe »zu gehorchen, sie hat rein und devot zu sein und sie ist das Eigentum ihres Mannes«. Das oberste deutsche Gericht habe ohne Not eine Säule der Gesellschaft geschleift, wonach staatliches Handeln wertneutral zu sein habe. »Das Gericht hat gesagt: Die Wertneutralität staatlichen Handelns übt keine normative Funktion aus, sondern ist eher eine offene Haltung«, sagte Buschkowsky im Deutschlandfunk. Das sei für ihn unverständlich. Buschkowsky scheidet zum 1. April mit 66 Jahren aus seinem Amt als Bezirksbürgermeister aus. In seiner 14-jährigen Amtszeit war der SPD-Politiker durch Beiträge zur Integrationsdebatte bundesweit bekanntgeworden. Der EKD-Ratsvorsitzende und bayerische Landesbischof Bedford-Strohm sagte der Berliner »B.Z.« (Sonntagsausgabe), er betrachte den Richterspruch mit gemischten Gefühlen. »Einerseits stärkt das Verfassungsgericht uns allen den Rücken, die wir für eine freie Ausübung von Religion in der Öffentlichkeit eintreten«, argumentierte er. Allerdings könnte es sein, dass die Schulen damit überfordert sind, selbst zu entscheiden, ob das Tragen eines Kopftuchs durch die Lehrerin der Integration dient oder sie hemmt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _25

»Für uns gestorben«

Evangelische Kirche legt Grundlagentext zur Kreuzestheologie vor

Frankfurt a.M./Hannover (epd). Das Christentum ist ohne das Kreuz nicht denkbar. Als Symbol versinnbildlicht es Tod und Leiden Jesu. Es hängt in Kirchen, steht auf Friedhöfen oder findet sich in der christlichen Kunst. Kurz vor Ostern, dem Fest an dem Christen an den Tod Jesu erinnern und seine Auferstehung feiern, legte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 26. März einen Grundlagentext zur Kreuzestheologie vor. Darüber, wie im 21. Jahrhundert über das Kreuz gepredigt werden kann, wird immer wieder heftig diskutiert. Zuletzt entzündete sich vor sechs Jahren im Rheinland nach einer Radioandacht ein Streit an der Frage, ob Jesus Christus für die Sünden der Menschen gestorben ist. Viele moderne Theologen sehen im Verständnis des Kreuzestodes als Sühnopfer ein grausames und sadistisches Gottesbild, das der Lehre Jesu von der unbedingten Liebe Gottes widerspricht. Konservative Christen halten dagegen am Opfergedanken fest und argumentieren, der Kreuzestod Jesu verliere ohne die Opfervorstellung seine besondere Bedeutung. »Der EKD-Grundlagentext zeichnet eine mittlere Linie zwischen denjenigen, die unter allen Umständen an der klassischen Gestalt der Sühnopfer-Vorstellung festhalten wollen und den anderen, die die sie sofort streichen wollen«, sagt der Berliner Kirchenhistoriker Christoph Marksches, der als Vorsitzender der Kammer für Theologie den Text maßgeblich miterarbeitet hat. Anliegen des Textes sei es deshalb, »gegen allzu vorschnelle Kritik zu erklären, warum es sinnvoll ist gerade dieses christliche Erbe zu bewahren«. Zunächst sei es daher darum gegangen, »ruhig und sachlich« die Befunde darzustellen. Der EKD-Text spannt einen Bogen von der Bibel bis zur Gegenwart, greift Kirchenlieder, aber auch Passionskonzerte und Jesusfilme auf und referiert die darin transportierte Kreuzestheologie. »Die Frage nach der Bedeutung der Passion ist bis zum heutigen Tage nicht verstummt, und sie wird auch in Zukunft nicht verstummen. Das ist gut«, heißt es in dem Text. »Denn diese Frage verhindert, dass sein Kreuz zu einer Selbstverständlichkeit wird, zu einem bloßen Symbol andächtiger Erniedrigung oder gar zu einem Schmuckstück, bei dessen Anblick wir die Schmerzensschreie des Gekreuzigten nicht mehr hören.« Einen großen Raum nehmen die Interpretationen des Leidens und Sterbens Jesu in der Theologiegeschichte ein: Die Satisfaktionslehre des mittelalterlichen Theologen Anselm von Canterbury, die das Sterben Jesu als Sühnopfer interpretiert, steht neben Martin Luthers Vorstellung des stellvertretenden Kreuzestodes als Ausdruck der Liebe und Barmherzigkeit Gottes. Aber auch Theologen der Aufklärung reihen sich ein wie Friedrich Schleiermacher, der das Sterben Christi als inneres Mitgefühl mit der Sünde der Welt deutet. »Wie

kein anderes Zeichen macht das Kreuz Jesu Christi deutlich, dass die Liebe Gottes den Weg der tiefsten Erniedrigung geht, damit wir leben können«, heißt es in dem EKD-Dokument. Der Grundlagentext, der mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 erarbeitet wurde, setzt sich intensiv mit den biblischen Befunden auseinander: »Die Betrachtung des Kreuzestodes im Horizont der biblische Texte kann den Verdacht ausräumen, es sei auf Golgatha um die Vollstreckung eines göttlichen Strafbedürfnisses gegangen.« Vielmehr stehe hinter dem Leiden Jesu das leidenschaftliche Drängen Gottes auf Versöhnung des Menschen mit Gott sowie zwischen den Menschen. »Das Kreuz ist das christliche Zeichen der Menschenfreundlichkeit Gottes und der Versöhnung der Welt«, schreibt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm im Vorwort. Er formuliert den Auftrag, der sich nach Ansicht der Autoren aus der Auseinandersetzung mit der Kreuzestheologie ergibt: »Christliche Theologie steht vor der Aufgabe, das Verständnis der Liebe Gottes im Kreuz immer wieder neu zu erklären und zu entfalten.« *Von Barbara Schneider (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 14_2015 Seite _2